

Griechenland und die Folgen

Euro-Krise? Oder EU-Krise?

Die sogenannte „Eurokrise“ hat zweierlei offenbart: Dass die wirtschaftliche Integrationspolitik der EU gescheitert ist, weil die rückständigen Länder der Eurozone im direkten Preiswettbewerb verdrängt werden und Handels- und Haushaltsdefizite ansammeln. Und dass dieselben Länder ihre Haushaltsdefizite überziehen, weil die Gesamthaftung der EU sie zu billiger Verschuldung verleitet.

von Gerd Zeitler

Der drohenden Insolvenz der verächtlich „PIIGS“ genannten Staaten der Eurozone (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) ist die EU-Kommission im Mai 2010 mit der Bereitstellung eines Euro-Rettungsschirms von Bürgerschaftskrediten begegnet. Damit ist es ihr zunächst gelungen, die Krise zu entschärfen. Allerdings hat die Entwicklung den Blick auf zwei verhängnisvolle Fehler der EU-Politik gelenkt:

(1) Es ist der Ehrgeiz der EU, ihre unterschiedlich entwickelten Mitgliedsländer allein aufgrund monetärer Stabilitätskriterien in die Eurozone zu integrieren. Dort treffen die wirtschaftlichen Akteure in einem direkten Preiswettbewerb aufeinander, der ihren Standortländern keine Möglichkeit mehr gibt, die unterschiedlichen Produktivitätsniveaus durch Wechselkurse oder Zölle anzupassen. So verwandeln sich die Märkte der Eurozone, ähnlich den globalen Märkten, in Schlachtfelder der wirtschaftlichen Verdrängung und Unterjochung.

Der direkte Preiswettbewerb verursacht zunehmenden Kostendruck und zwingt die Akteure zu Übernahmen und Fusionen, dünnt die Regionen wirtschaftlich aus und verleitet zum Dumping auf Kosten von Gesellschaft und Umwelt. Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltschäden belasten die nationalen Haushalte und erzeugen Zwänge zur staatlichen Verschuldung. Zudem begünstigt der wirtschaftliche Konzentrationsprozess zentralistisch-oligarchische Strukturen und verursacht eine schleichende Ent-Demokratisierung der EU.

(2) In der Eurozone besteht ein einheitlich niedriges Zins-

niveau, auch für Staatsanleihen, weil sowohl Schuldnerländer als auch Gläubigerbanken eine Gesamthaftung der EU voraussetzen. Vor allem bei rückständigen Ländern werden dadurch Anreize zur notorischen Überschuldung geschaffen. Der Euro-Rettungsschirm hat betroffene Länder und Banken jetzt in ihrer

um 39,6% (Deutschland: minus 0,8%). Und auch eine Realsatire sei hier genannt: Die Athener Trambahn erhöht die Zahl ihrer Mitarbeiter innerhalb von fünf Jahren um 533, während sie das Streckennetz nur um zwei Kilometer verlängert. Der Schlendrian untergräbt die Wettbewerbsfähigkeit des Landes in Eurozone

Zwangsvorstellungen einheitlicher Produktivitäten und ständigen Mengenwachstums richten sich gegen Mensch und Natur.

Erwartungshaltung eindrucksvoll bestätigt. Und die EU hofft, das Krisenpotential allein durch Kontrollen der nationalen Haushalte beherrschen zu können.

Griechische Selbstbedienung

Das Beispiel Griechenlands zeigt, wie Länder durch die Integrationspolitik der EU bestärkt werden, ihre Eigenverantwortung aufzugeben: Die Staatsverschuldung des Landes steigt 2009 auf 115% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die Neuverschuldung auf 13,6% des BIP. Der EU-Vertrag schreibt dagegen Obergrenzen von 60% bzw. 3% vor. Im Wettrennen mit der Türkei steigt das Verteidigungsbudget auf 3,4% des BIP (Deutschland: 1,3%). Die Schattenwirtschaft wird auf 40% des BIP geschätzt, die Steuerhinterziehung auf 20 Mrd. Euro.

Trotz all dem werden über die Jahre die Steuern wiederholt gesenkt. 24% aller Arbeitnehmer sind im öffentlichen Sektor beschäftigt (Deutschland: 13%) und genießen 14 Monatsgehälter und Rente ab 50. Die Reallöhne steigen innerhalb von 8 Jahren

und Dollarraum, so dass die nationale Wertschöpfung zurückgeht und das Importvolumen sowie das Handelsdefizit entsprechend steigen.

Chronologie der Krise

Die Krise wird offenkundig, als Rating-Agenturen im Dezember 2009 die Kreditwürdigkeit Griechenlands herabsetzen und das Land höhere Zinsen zahlen muss. Daraufhin verordnet die EU ein drastisches Sparprogramm, stellt den griechischen Haushalt unter ihre Kontrolle und leitet ein Verfahren wegen Manipulation der Haushaltsstatistiken ein. Das Vertrauen in den Euro sinkt und er fällt auf ein Achtmonatstief von 1,35 US-Dollar.

Bei Generalstreiks kommt es in Athen zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. Der Euro fällt weiter auf 1,31 US-Dollar und der Zins für griechische Staatsanleihen steigt auf 8,5% (Deutschland: 4,0%). EU und Internationaler Währungsfonds (IWF) schnüren ein Rettungspaket mit Bürgerschaftskrediten von insgesamt 110 Mrd. Euro (der deutsche Anteil beträgt 22,4 Mrd. Euro). Die Mehrwert-

steuer wird von 19 auf 23% angehoben, das Rentenalter erhöht und die Rentenhöhe gekürzt. In Athen kommt es erneut zu gewaltsamen Protesten. Das Land erhält aus dem Rettungspaket einen ersten Kredit zur Refinanzierung. Aus Furcht vor einem Übergriff der Krise auf andere Länder der Eurozone fällt der Euro auf 1,26 US-Dollar.

Im Mai 2010 spitzt sich die Schuldenkrise zu: Die Risikozuschläge für Staatsanleihen Portugals, Irlands und Spaniens erreichen griechisches Niveau. Daraufhin einigen sich EU und IWF zusätzlich auf einen Euro-Rettungsschirm von insgesamt 750 Mrd. Euro. Deutschland ist mit Kreditgarantien von bis zu 148 Mrd. Euro beteiligt. Ergänzend zum Rettungsschirm beschließt die Europäische Zentralbank (EZB) gegen die Stimmen der deutschen Ratsmitglieder Staatsanleihen aufzukaufen. Der Eurokurs fällt nach kurzer Erholung noch tiefer, weil Zweifel an der EU-Politik aufkommen.

Griechische Ernüchterung

Zwar bewirken die Maßnahmen, dass die Zinsen auf griechische Staatsanleihen für einige Monate fallen und das Land seine Neuverschuldung 2010 voraussichtlich auf 8,2% des BIP reduzieren kann. Da die hohen Gesamtschulden aber weiter steigen und das Sparprogramm repressiv wirkt, ist der Effekt nur von kurzer Dauer. Erstmals ahnen die Griechen, was es heißt, in die Abhängigkeit transnationaler Banken zu geraten und womöglich nach Auslaufen der EU-Bürgschaften alleingelassen zu werden. Gegenwärtig aber leiden sie unter ihrem Sparprogramm: Die Kaufkraft und der Konsum brechen ein und gefährden fast jedes zweite mittelständische Unternehmen. Die Arbeitslosenquote steigt im Mai auf 12,5%, bei Jugendlichen gar auf 32,5%. Bis Jahresende werden 20% Arbeitslosigkeit und ein Rückgang der Einkommen auf das Niveau von 1984 erwartet.

Systemnahe Kritiker

Einige Ungereimtheiten der Integrationspolitik der EU werden auch von systemnahen Kritikern bemängelt:

Das Münchner ifo Institut argumentiert neoliberal-kon-

form und bemerkt, nicht der Euro sei gefährdet gewesen, der bei 1,27 US-Dollar noch weit über der Kaufkraftparität von 1,14 US-Dollar lag, sondern vor allem die Gläubigerbanken Frankreichs und Deutschlands. Der Euro-Rettungsschirm verhindere eine marktgerechte Spreizung der Zinsen und zementiere das produktive Gefälle innerhalb der Eurozone. Eigentlich hätten die Schuldnerländer ihre Staatsanleihen auf eigene Kosten mit marktüblichen Instrumenten versichern müssen.

Eine Gruppe von Professoren um den Ökonomen Joachim Starbatty reicht im Mai sogar Verfassungsbeschwerde gegen den Rettungsschirm ein: Der Schirm verstoße gegen das im EU-Vertrag verankerte Verbot der Schuldenübernahme durch Dritte und begünstige die verhängnisvolle Schuldenmechanik im Euro-Raum. Staatsanleihen dienten vor allem dem privaten Konsum und erzeugten bei den Bürgern übertriebene Einkommenserwartungen. Das für Griechenland verordnete Sparprogramm führe in die Rezession und untergrabe die Kreditwürdigkeit des Landes endgültig. Starbatty rät den Griechen, aus der Währungsunion auszusteigen und die Drachme um 40% abzuwerten. Die Verfassungsbeschwerde wird trotz allem abgelehnt.

Was ist zu tun?

Kurzfristig bietet sich Griechenland eine einzige Option: Wie von Starbatty gefordert, müsste das Land aus der Währungsunion aussteigen und die Drachme um 40% abwerten. Export und Tourismus wären sofort wettbewerbsfähig und könnten das Handelsbilanzdefizit verringern; zugleich würden sich die Importe verteuern und Anreize für eine autonome Entwicklung schaffen. Allerdings müsste das Land mit seinen Gläubigern Zins und Tilgung der angehäuften Schulden vereinbaren, die dann in einem stark aufgewerteten Euro zu begleichen wären. Dieselbe Option gilt sinngemäß auch für die anderen überschuldeten Länder.

Langfristig ist die Zukunft der EU und ihrer Mitgliedsländer jedoch nur zu sichern, wenn sich die wirtschaftliche Integrationspolitik und die Außenwirtschaftspolitik der EU und ihrer

Mitgliedsländer grundlegend ändern – was übrigens die Akzeptanz der politischen Integration entscheidend erhöhen würde. Die für Griechenland vorgeschlagene kurzfristige Option reicht auf Dauer nicht aus. Denn damit wären die Abhängigkeiten von globalen Finanzakteuren sowie der Verdrängungswettbewerb auf offenen Märkten samt Dumping, Kostendruck und Kapitalkonzentration nicht überwunden.

Für die Integrationspolitik stellt sich die grundsätzliche Frage, welche Kriterien erfüllt sein müssen, um eine supranationale Wirtschafts- und Währungsunion überhaupt zu rechtfertigen. Die Antwort ist erstaunlich einfach: Die Erfolgsaussichten sind umso höher, je geringer die Produktivitätsunterschiede zwischen den Ländern sind und je dezentraler (subsidiärer) die Länder wirtschaftlich strukturiert sind.

Wenn diese Kriterien unzureichend erfüllt sind, sollten Länder besser ihre außenwirtschaftlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Das gilt aktuell sogar für die vermeintliche Kernzone der EU, bestehend aus Frankreich und Deutschland. Die jüngsten französischen Beschwerden über massive deutsche Exporte, die französische Arbeitsplätze vernichten, bezeugen, dass auch diese beiden Länder wirtschaftlich (noch) nicht integrationsfähig sind. Das heißt, die EU muss offenkundig den Euro vorerst begraben und mit ihren Mitgliedsländern zu den bewährten Regeln eines gewinnbringenden Außenhandels zurückkehren:

Für einen dauerhaft förderlichen Außenhandel gilt: Unilaterale Auf- oder Abwertungen der eigenen Währung reichen nicht aus. Vielmehr müssen die Wechselkurse bilateral so kalkuliert werden, dass sich unterschiedliche Preisniveaus im Schnitt neutralisieren. Ergänzend müssen für Importe Preisanpassungen durch Zölle sowie Mengenbeschränkungen gegenseitig zugestanden werden, um die Binnenwettbewerbe durch Importe gezielt zu stimulieren und die Handelsbilanzen auszubalancieren.

Grundlage für Wettbewerb und Handelsgewinne sind die

Verhältnisse der Produktpreise zum nationalen Durchschnittspreis, also die *relativen* Preise. Ein Produkt, dessen relativer Preis in einem Land niedriger ist als bei einem Handelspartner, wird

digen Mengenwachstums richten sich gegen Mensch und Natur. Besonders auf offenen Märkten verursachen sie hohe soziale und ökologische Kosten, wenn die Akteure mit allen Mitteln



Foto: Bilderbox

automatisch zum Exportkandidaten. Beim importierenden Land macht die Differenz zwischen Importpreis und höherem Inlandspreis den Handelsgewinn aus.

Die genannten subsidiären Strukturen sind auch bei nationaler Eigenständigkeit von entscheidender Bedeutung. Sie müssen jedoch wirtschaftspolitisch gestaltet werden, um die natürliche Tendenz zu Macht- und Kapitalkonzentration auf der produktionstechnischen Ebene zu begrenzen. So werden Voraussetzungen geschaffen für ein verträgliches Nebeneinander unterschiedlich produktiver nationaler Landstriche, für dezentrale Verantwortung, wirtschaftliche Vielfalt, Vollbeschäftigung und intensiven Wettbewerb. Der ergibt sich von selbst regional und lokal abgegrenzt auf der unteren Ebene und kann zugleich zwischen arbeitsintensiven unteren und kapitalintensiven oberen Ebenen in konstruktive Bahnen gelenkt werden.

Unter diesen Bedingungen macht es für die EU Sinn, den überschuldeten Ländern Sonderkonditionen für Zins und Tilgung ihrer Altschulden einzuräumen und weitere Hilfen für ihre wirtschaftliche Entwicklung anzubieten.

Die Lehre aus der Krise: Zwangsvorstellungen einheitlicher Produktivitäten und stän-

auf Exportwachstum setzen, bei dem es immer nur wenige Gewinner geben kann, die lokalen und regionalen Strukturen aber verkümmern. Die Enttäuschung ist in rückständigen Ländern am größten, weil deren Aufholversuche nur geringe Chancen haben und übermäßige Kosten verursachen, und weil diese Länder dabei immer stärker in die Abhängigkeit von Importen und neuer Verschuldung geraten.

Für Europa wird es höchste Zeit, sich auf die Vielfalt seiner Fähigkeiten und Ressourcen zu besinnen und eine Ordnung der regional eigenständigen *qualitativen* Entwicklung und des geregelten Austausches und Handels zu errichten – auch als Beitrag zu einer zukunftsfähigen Globalisierung.

Gerd Zeitler



Jahrgang 1940, Ingenieur, war im Strategischen Unternehmens- und Technologie-management tätig. Heute arbeitet er als freier Publizist, veröffentlichte 2006 das Buch „Der Freihandelskrieg“ und schreibt zur Zeit ein Wirtschaftslexikon, dessen Entstehung im Internet verfolgt werden kann.

Kontakt: <http://knol.google.com/k/gerd-zeitler>